

NIEDERSCHRIFT

über die **13.** Sitzung
des Schulausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **27.05.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:07 Uhr
Den Vorsitz führte: Stephan Ingenhoven

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
 2. Frau Irmintrud Berger
 3. Herr Gerhard Heyner
 4. Herr Werner Moritz
 5. Herr Hubert Pane
 6. Frau Sabine Prosch
 7. Frau Petra Schoppe
 8. Herr Antonius Suppes
 9. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Frau Angelika Quiring-Perl
Vertretung für Herrn Andreas Hamacher
- Vertretung für Herrn Bernd Ramakers

• SPD-Fraktion

10. Frau Birgit Burdag
 11. Herr Stephan Ingenhoven
 12. Herr Wilhelm Küpper
 13. Herr Reinhard Rehse
 14. Herr Rainer Schmitz
- Vertretung für Frau Joline Macek
- Vertretung für Herrn Klaus Krützen jr.

• FDP-Fraktion

15. Frau Britta Treptow
 16. Herr Tim Tressel
 17. Herr Rudolf Wolf
- Vertretung für Herrn Michael Riedl

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

18. Herr Erhard Demmer
19. Frau Susanne Schöttgen

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

20. Frau Sabine Oertel

- **Unabhängige Linke Liste**

21. Herr Oliver Reising

- **beratende Mitglieder Katholische Kirche**

22. Herr Michael Wittenbruch

- **beratende Mitglieder Evangelische Kirche**

23. Herr Pfarrer Ralf Laubert

- **Verwaltung**

24. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
25. Frau Elke Stirken
26. Herr Karl-Heinz Isenbeck
27. Herr Thomas Hodißen
28. Herr Norbert Ahlen

- **Gäste**

- | | |
|------------------------------------|--------------------------|
| 29. Herr Klaus-Dieter Bullmann | BBZ Neuss-Weingartstraße |
| 30. Herr Schulleiter Gerd Dittmann | Joseph-Beuys-Schule |
| 31. Herr Knud Hansen | BBZ Grevenbroich |
| 32. Herr Herbert Ortmanns | BBZ Grevenbroich |
| 33. Frau Wienke Sälzer | Martinus-Schule Kaarst |
| 34. Herr Rainer Schöneck | Michael-Ende-Schule |
| 35. Frau Anette Stauche | Sebastianus-Schule |
| 36. Herr Bert Vennen | BBZ Neuss-Hammfeld |
| 37. Herr Johannes Wallraff | Mosaik-Schule |

INHALTSVERZEICHNIS

| Punkt | Inhalt | Seite |
|-------|--|-------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit..... | 4 |
| 2. | Migrantenstipendium (Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2545/XV/2013..... | 4 |
| 3. | Inklusion (Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2535/XV/2013 | 5 |
| 4. | Jungen in soziale Berufe (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2506/XV/2013 | 6 |
| 5. | Bildungslaufbahn der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss (Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) Vorlage: 40/2508/XV/2013..... | 7 |
| 6. | Übernahme der Martinusschule in Kaarst in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2507/XV/2013 | 7 |
| 7. | Fortschreibung des Berichtes über die Entwicklung der Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 40/2503/XV/2013 | 8 |
| 8. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2510/XV/2013 | 9 |
| 9. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2513/XV/2013 | 10 |
| 10. | Kommunale Koordinierung im Rahmen des neuen Übergangssystems Schule - Beruf Vorlage: 40/2543/XV/2013..... | 10 |
| 11. | Fortschreibung des Berichtes über die Entwicklung der Berufsbildungszentren des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2544/XV/2013 | 11 |
| 12. | Mitteilungen | 12 |
| 13. | Anfragen | 12 |

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ingenhoven, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Verwaltung. Gegen die Feststellung von Herrn Ingenhoven, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei, erhob sich kein Widerspruch.

Herr Tim Tressel wurde als sachkundiger Bürger verpflichtet.

2. Migrantenstipendium (Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion)

Vorlage: 40/2545/XV/2013

Protokoll:

Frau Wienands erläuterte für den Antragsteller die Sitzungsvorlage und wies darauf hin, das beim Rhein-Kreis Neuss erfolgreich durchgeführte Migrantenstipendium solle auf die berufsbildenden Schulen im Rhein-Kreis Neuss ausgedehnt werden, da auch dort das allgemeinbildende Abitur erworben werden könne.

Herr Rehse begrüßte für seine Fraktion grundsätzlich den Vorschlag, damit auch die kreiseigenen Schulen nicht ausgeschlossen seien, deren gymnasiale Oberstufe mit Unterstützung der SPD ins Leben gerufen wurde. Er fragte nach, was „zusätzlich“ bedeute und warum bisher sieben und nicht acht Stipendien vergeben wurden. Eine Erweiterung durch den Leiter eines Berufsbildungszentrums in der Jury betrachte er als sinnvoll.

Herr Lonnes antwortete, im ersten Jahr der Stipendienvergabe sei nur ein Stipendium vergeben worden, erst danach sei durch die hälftige Förderung von Bund und Land die Vergabe auf zwei Stipendiaten erhöht worden. Er verstehe den Antrag so, dass ein zusätzliches Stipendium mit Förderung des Bundes bzw. des Landes vergeben werden solle, so dass zukünftig pro Jahr insgesamt vier Stipendien vergeben werden könnten.

Frau Wienands erläuterte auf Nachfrage von Herrn Ingenhoven, dass es insbesondere darum gehe, die Bedeutung der Berufsbildungszentren wegen ihrer allgemeinen Abschlüsse hervorzuheben.

Herr Schmitz betonte, das Migrantenstipendium müsse offen sein für alle Schüler und Schülerinnen, die ein allgemeinbildendes Abitur hätten. Ein Ausschluss der Schüler und Schülerinnen der Berufsbildungszentren sei nicht richtig. Herr Lonnes erläuterte, auch bisher hätten sich Schüler und Schülerinnen der Berufsbildungszentren bewerben können, jedoch habe die Praxis gezeigt, dass diese Gruppe häufig nicht zum Zuge komme. Aus diesem Grund stelle der Antrag eine Privilegierung dar.

SchuA/20130527/Ö2

Beschluss:

1. Der Rhein-Kreis Neuss vergibt ab dem Jahr 2013 ein zusätzliches Migrantienstipendium für die Abiturienten und Abiturientinnen der Berufsbildenden Schulen im Rhein-Kreis Neuss.
2. Der Landrat wird gebeten, im Bundesstipendienprogramm für diesen Personenkreis ein weiteres Stipendium zu beantragen.
3. Bei der Auswahl der Stipendiaten soll neben den bisherigen Mitgliedern auch eine Schulleiterin oder ein Schulleiter der Berufsbildenden Schulen beteiligt werden.

3. Inklusion (Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2535/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes führte den Inhalt des Schreibens des Landrates an die Präsidentin des Landtags NRW sowie an die Fraktionen im Landtag aus.

Herr Demmer empfahl, sich insbesondere das Antwortschreiben von Herrn Staatssekretär Hecke aus dem Schulministerium, welches den Anwesenden als Tischvorlage vorliege, anzusehen (**Anlage**). Dieses Schreiben räume mit einigen Mythen auf und wende sich gegen Panikmache in Sachen Inklusion. Frau Wienands widersprach und erklärte, sie befürchte eine Minimierung und damit De-facto-Abschaffung von Förderschulen, die im Ergebnis zu einer Aushebelung des Elternwillens führe.

In der anschließenden Diskussion, an der sich die Damen Wienands, Schoppe, Berger und Burdag sowie die Herren Demmer und Rehse beteiligten, wurden noch einmal die unterschiedlichen Standpunkte dargelegt. Einerseits wurden die positiven Eindrücke beschrieben, die an den Schulen, die bereits Inklusion betreiben, gewonnen wurden. Andererseits stellten für die Diskussionsteilnehmer die Kosten der Inklusion, das Fehlen von Konnexitätsregelungen, die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen, das Fehlen dringend benötigter zusätzlicher Lehrerstellen, die fehlende räumliche Ausstattung an den allgemeinen Schulen sowie der erforderliche Schülerspezialverkehr große Probleme dar, die insbesondere von Kommunen, die sich in einer Nothaushaltssituation befänden, nicht bewältigt werden könnten. Frau Wienands und Frau Schoppe plädierten für eine vernünftige Umsetzung der Inklusion mit einem Wahlrecht der Eltern.

Herr Rehse stellte noch einmal klar, dass der Referentenentwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes nicht zurückgezogen worden sei und der Gesetzesinhalt den Kommunen auch weiterhin noch große Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Herr Lonnes entgegnete, dass der erste Referentenentwurf vom Herbst 2012 nach erheblicher Kritik von der Landesregierung nicht in das parlamentarische Verfahren eingebracht wurde und in vielen Teilen überarbeitet worden sei. Dies habe zur Folge, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Landesrecht um ein Jahr aufgeschoben werde.

Auf die Frage von Herrn Demmer, worauf sich die Zuständigkeit des Kreises für die Errichtung bzw. Fortführung von Förderschulen ergebe, verwies Herr Lonnes auf den § 78 Abs.6 Schulgesetz, wonach auch die Kreise berechtigt sind, Schulen zu errichten und fortzuführen, wenn ein gebietsübergreifender Bedarf bestehe und ein geordneter

Schulbetrieb gewährleistet sei. Die Städte und Gemeinden seien berechtigt, im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit z. B. Zweckverbände zu errichten und eigene Lösungen anzustreben. Dies liege im jeweiligen Ermessen der Städte und Gemeinden. Das sei im Übrigen auch bei den Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland entsprechend zu sehen.

Herr Ingenhoven zog ein abschließendes Resümee, wonach das Ringen um Gemeinsamkeiten bei allen Beteiligten feststellbar sei und grundsätzlich die Inklusion einheitlich befürwortet werde. Es seien allerdings unterschiedliche Wege zu diesem Ziel erkennbar.

SchuA/20130527/Ö3

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Jungen in soziale Berufe (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion) Vorlage: 40/2506/XV/2013

Protokoll:

Herr Schmitz wies darauf hin, dass der Antrag auch im Sozialausschuss diskutiert wurde und den Blick auf die Unterrepräsentanz von Männern in sozialen Berufen richten solle. Im Hinblick auf das angekündigte neue Übergangssystem Schule/Beruf, welches ja auch Bestandteil der Tagesordnung sei, verzichte die SPD auf eine Abstimmung über den Antrag.

Frau Wienands ergänzte, das Thema sei in der Sache richtig, Diskussionen hierüber würden schon lange geführt. Im Übrigen könne eine Finanzierung aus der Haushaltsstelle „Soziales Handlungskonzept“ nicht vorgenommen werden, da die Mittel bis 2014 bereits verplant seien.

Herr Demmer zeigte sich verwundert über die Aussage, dass die eingestellten Mittel bereits im Mai verausgabt sein sollten. Er betonte die Wichtigkeit des Antrages, der diese Zielgruppe definiere. In der Beantwortung durch die Verwaltung vermisse er die Zielgenauigkeit für den Antrag. Das Anliegen müsse weiterhin Thema im Rahmen des neuen Übergangssystems Schule/Beruf bleiben.

Frau Burdag ergänzte, zur Thematik gebe es sicherlich viele kreative Ideen, die es umzusetzen gelte. Die Problematik sei erkannt, deshalb solle das Thema weiter in den Blick genommen, der Antrag aber zunächst verschoben werden.

SchuA/20130527/Ö4

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis. Die Entscheidung über den Antrag wird zurückgestellt.

5. Bildungslaufbahn der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss (Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Vorlage: 40/2508/XV/2013

Protokoll:

Herr Demmer erklärte, die Stellungnahme der Verwaltung, dass die Erhebung von Daten über die Bildungslaufbahn von Schülerinnen und Schülern nicht in die Zuständigkeit des Schulträgers falle, sei formal korrekt. Andererseits könne man nur nachsteuern, wenn man wisse, ob der Unterricht an den Förderschulen erfolgreich sei.

Herr Lonnes wies darauf hin, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen keinen Schulabschluss erreichen könne. Ziel müsse es sein, alle Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf so weit wie möglich am allgemeinen Leben teilnehmen zu lassen. Es bringe nichts, die Jugendlichen damit zu überfordern, dass mehr Schulabschlüsse angestrebt würden.

Herr Demmer entgegnete, bei der Anfrage gehe es um die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen. Es solle geprüft werden, ob die Förderschule oder die Regelschule der bessere Förderort sei und wo man nachsteuern könne, damit die Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen bessere Chancen bekommen. Seine Fraktion werde auf das Thema zurück kommen.

Herr Wolf empfahl, die Jugendwerkstätten auszubauen, um die Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten über praktische Arbeit an einen Schulabschluss heranzuführen.

SchuA/20130527/Ö5

Beschluss:

Der Schulausschuss nahm die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Übernahme der Martinusschule in Kaarst in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2507/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage. Auf Anfrage von Herrn Schmitz erklärte er, dass der Schulausschuss und der Rat der Stadt Meerbusch im Juni über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Martinusschule in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss entscheiden werden.

Frau Berger informierte den Schulausschuss darüber, dass sich die Schulausschüsse der Städte Grevenbroich und Dormagen mehrheitlich dafür ausgesprochen haben, zum Schuljahr 2014/2015 die Schule am Chorbusch in Dormagen und die Martin-Luther-King-Schule in Grevenbroich unter der Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss zusammenzuführen.

Herr Demmer warf die Frage auf, warum der Rhein-Kreis Neuss und nicht ein Zweckverband die Schulträgerschaft übernehmen solle. Seiner Ansicht nach seien dafür we-

niger fachliche als finanzielle Gründe ausschlaggebend.

Herr Lonnes entgegnete, nach dem Schulgesetz NRW komme sowohl ein Zweckverband als auch der Kreis als Schulträger in Frage. Die Gründung von Zweckverbänden sei von den beteiligten Kommunen geprüft worden. Die Kreislösung sei jedoch aus inhaltlichen Gründen bevorzugt worden. Für den Kreis spreche die Möglichkeit der einheitlichen Schulträgerschaft für die Förderschulen mit der Option, die Förderschulen für Lernen um den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung zu erweitern und künftig zu Unterstützungszentren auszubauen. Die Schulleiterinnen der Martinusschule und der Schule am Chorbusch, Frau Sälzer und Frau Fritz, hätten überzeugende Programme vorgelegt, an die der Kreis anknüpfen wolle. Für die beteiligten Kommunen sei darüber hinaus eine Finanzierung über die Kreisumlage günstiger. Die neuen Förderschulen des Kreises stünden dann auch Schülerinnen und Schülern offen, die nicht an den Schulstandorten, sondern z. B. in Neuss oder Jüchen wohnten.

Frau Wienands begrüßte die Entscheidungen in Grevenbroich und Dormagen, um eine Bündelung der Ressourcen zu erreichen.

Bei vier Enthaltungen fasste der Schulausschuss den folgenden

SchuA/20130527/Ö7

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass

1. für die Martinusschule die Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf zur Unterschreitung der Mindestgröße beantragt wird,
2. die Martinusschule ab dem Schuljahr 2013/2014 um den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung erweitert wird,
3. die Verwaltung beauftragt wird, die Antragstellung zur Einrichtung eines Unterstützungszentrums in der Martinusschule vorzubereiten.

7. Fortschreibung des Berichtes über die Entwicklung der Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 40/2503/XV/2013

Protokoll:

Herr Ingenhoven bat Herrn Lonnes, die Kernaussagen des Berichtes zusammenzufassen. Herr Lonnes erklärte, dass 1.574 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aktuell im Rhein-Kreis Neuss eine Förderschule besuchen. Hinzu kämen 192 Schülerinnen und Schüler aus dem Rhein-Kreis Neuss mit den Förderschwerpunkten Körperliche und motorische Entwicklung, Sprache, Sehen sowie Hören und Kommunikation, die Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) besuchen. Erstmals sei die Situation der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des LVR im Bericht mit berücksichtigt worden. Im Bereich Lernen sei die Zahl der Förderschüler rückläufig. In den Bereichen Geistige Entwicklung sowie Sprache seien die

Schülerzahlen stabil, während im Bereich Emotionale und soziale Entwicklung auch weiterhin ein Schüleranstieg zu verzeichnen sei.

Herr Demmer dankte der Verwaltung für den ausgezeichneten Bericht. Die Herren Demmer und Schmitz sowie Frau Wienands empfanden den steten Anstieg der Schülerzahlen im Bereich der Emotionalen und sozialen Entwicklung als besorgniserregend. Herr Schmitz fragte die Verwaltung, ob die Entwicklung im Bereich Sprache sowie Emotionale und soziale Entwicklung ein kreisspezifisches Problem sei.

Frau Wienands vermutete eine ähnliche Entwicklung im ganzen Land. Dies wurde auch von Herrn Lonnes bestätigt.

Herr Demmer regte eine Expertenbefragung zur landesweiten Entwicklung der Schülerzahlen sowie zur Ursachenerforschung im Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung an. Diesen Vorschlag nahm Herr Wittenbruch auf und schlug vor, die anwesenden Schulleiter um deren Einschätzung der Situation zu bitten.

Herr Schöneck, Schulleiter der Michael-Ende-Schule in Neuss, Förderschwerpunkt Sprache, berichtete von einer bundesweiten Steigerung der Schülerzahlen. Die Ursachen lägen unter anderem in der mangelnden sprachlichen Förderung im Bereich der frühen Kindheit sowie einer zunehmenden Verwahrlosung von Sprache in Teilen der Bevölkerung. Er appellierte dafür, präventive Maßnahmen bereits in den ersten Lebensjahren anzusetzen. Auch sollte von Expertenseite genau hingeschaut werden. Die Kinder sollten ggf. früh einer Sprachtherapie zugeführt werden.

Herr Dittmann, Schulleiter der Joseph-Beuys-Schule in Neuss, Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung, berichtete, dass Kinder mit diesem Förderschwerpunkt zunehmend jünger würden. Auch er war sich sicher, dass es sich um ein gesellschaftliches Problem handle. Aus seiner Sicht seien die Ursachen fehlende Wertmaßstäbe in den Familien, mangelnde soziale Kompetenz sowie fehlende Sensibilität in Bezug auf die körperliche Unversehrtheit des Gegenübers. Herr Dittmann lud abschließend alle Schulausschussmitglieder zu einem Besuch seiner Schule ein und verband damit gleichzeitig eine Einladung zum jährlichen Sommerfest der Schule.

Herr Ingenhoven dankte den beiden Schulleitern für ihre dezidierte Einschätzung der Situation und regte an, einen Experten der Bezirksregierung oder des Ministeriums zu einer der nächsten Schulausschusssitzungen einzuladen, um auch von dieser Seite eine Einschätzung der Situation im gesamten Land NRW zu erhalten.

SchuA/20130527/Ö6

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2510/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage. Er informierte den Schulausschuss darüber, dass die Schulausschüsse in Grevenbroich und Dormagen den Wunsch geäußert haben, dass der Rhein-Kreis Neuss ab dem Schuljahr 2014/2015 für den offenen Ganztags an der Schule am Chorbusch nach Einkommen gestaffelte Elternbeiträge erhebe. Auch wenn eine solche Lösung Vor- und nachteile habe, sprach er sich dafür aus, dem Wunsch der Schulausschüsse in Grevenbroich und Dormagen nachzukommen. Im Interesse einer einheitlichen Lösung für alle Förderschulen mit offenem Ganztags beabsichtige die Verwaltung, im Jahr 2014 eine erneute Satzungsänderung vorzulegen, die einkommensabhängige Elternbeiträge vorsehe. An den drei Förderschulen mit offenem Ganztags (Michael-Ende-Schule, Martinusschule und Schule am Chorbusch) würde die Neuregelung voraussichtlich für rund 120 Eltern gelten.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den

SchuA/20130527/Ö8

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss in der vorliegenden Form zu beschließen.

9. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2513/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes verwies auf die Vorlage. Es gab keine Wortmeldungen.

SchuA/20130527/Ö9

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss in der vorliegenden Form zu beschließen.

10. Kommunale Koordinierung im Rahmen des neuen Übergangssystems Schule - Beruf

Vorlage: 40/2543/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte, die Einführung eines neuen Übergangssystems Schule/Beruf in NRW sei eine Vereinbarung der Partner aus dem Ausbildungskonsens des Landes Nordrhein-Westfalen in 2011. Im Rahmen der Aktivitäten zum Übergang Schule/Beruf gebe es im Rhein-Kreis Neuss bereits einige Projekte, z. B. „Wirtschaft pro Schule“ und die Verleihung des Berufswahlsiegels, um junge Menschen besser auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorzubereiten. Zu den geplanten Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss gehöre eine verbindliche Potentialanalyse für jeden Schüler und jede Schülerin, um Begabungen, Interessen und Neigungen bei der Berufswahl in den Vordergrund zu stellen. Er sei der Ansicht, dass auch für junge Männer der Beruf als Er-

zieher oder Grundschullehrer ihren Begabungen entsprechen könne und dass in der Potentialanalyse solche Berufsmöglichkeiten aufgezeigt werden könnten.

Herr Schmitz fragte nach, ob es richtig sei, dass für die kommunale Koordinierung eine 50% ige Förderung durch den Rhein-Kreis Neuss notwendig werde. Herr Lonnes bejahte dies, verwies allerdings darauf, dass im Rahmen des Systems auch noch andere Mittel zu akquirieren seien, z. B. durch den Einsatz bereits vorhandenen Personals.

SchuA/20130527/Ö10

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungen der Referenzkreise einzuholen und eine Vereinbarung zur kommunalen Koordinierung mit dem Land vorzubereiten.

11. Fortschreibung des Berichtes über die Entwicklung der Berufsbildungszentren des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2544/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes hob hervor, dass von den 8.805 Schülerinnen und Schülern, die im laufenden Schuljahr ein Berufskolleg des Rhein-Kreises Neuss besuchen, rund 60% eine duale Ausbildung absolvieren. Die Zahl der Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung sei in den vergangenen Jahren gestiegen. Mit der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule habe Deutschland das beste Übergangssystem Schule – Beruf. Erfreulich sei auch der starke Anstieg der Schülerinnen und Schüler an den Fachschulen. Die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung sei offenbar auch dadurch gestiegen, dass schulische Leistungen auf ein späteres Studium angerechnet werden können. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis habe sich seit 2006 fast halbiert. Ein erheblicher Teil von ihnen absolviere Berufsförderungsmaßnahmen bei Bildungsträgern mit begleitendem Besuch der Berufsschule. Ziel sei es, künftig jedem unversorgten Jugendlichen ein Vollzeitangebot zur beruflichen Förderung in Praxis und Theorie machen zu können. Abschließend wies Herr Lonnes auf den doppelten Abiturjahrgang hin, der im kommenden Schuljahr wahrscheinlich zu einem Verdrängungswettbewerb auf dem Ausbildungsmarkt führen werde, so dass vermutlich eine steigende Zahl von Jugendlichen ohne Abitur auf die Vollzeitbildungsgänge der Berufskollegs ausweichen werde.

Herr Demmer dankte der Verwaltung für den informativen Bericht. Die gute Nachricht sei, dass in den kommenden Jahren kein Berufskolleg in seinem Bestand gefährdet sei, obwohl die Schülerzahl insgesamt sinken werde. Kritik übte Herr Demmer an der Aussage des Berichtes, dass „viele“ Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen mit Defiziten verlassen. Herr Lonnes sagte eine redaktionelle Änderung für die Endfassung des Berichtes zu.

SchuA/20130527/Ö11

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Mitteilungen

Protokoll:

Es gab keine Mitteilungen.

13. Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Anfragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Stephan Ingenhoven um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Stephan Ingenhoven
Vorsitz

Karl-Heinz Isenbeck
Schriftführung